

Soziale Stadt

Neue Herausforderung für die Stadtentwicklung

Daniel Buchholz
Nov. 2007

„Soziale Stadt“: Neue Herausforderung für die Stadtentwicklung

Städte waren schon immer Schmelztiegel und haben Menschen verschiedenster Sprache, Kultur und Ethnie angezogen. Dass sie dabei einem stetigen Wandel unterliegen, macht sie so anziehend, denn Veränderungen schaffen Freiräume und ermöglichen völlig neue Entwicklungen. Es kann daher nicht verwundern, dass heute in der Europäischen Union rund acht von zehn Einwohnern in Städten leben. Berlin hat seit der Wende 1990 viele Entwicklungen der großen (europäischen) Städte in einem atemberaubenden Tempo nachgeholt.

Die Mehrzahl der Arbeitsplätze in der Industrie ist weggefallen und die Bevölkerungsstruktur ist deutlich vielfältiger geworden. Seit Berlin ein Umland hat, stellt sich die Wohnungsfrage komplett neu. Während es über viele Jahrzehnte Hauptaufgabe sozialdemokratischer Stadtpolitik war, zusätzlichen Wohnraum zu schaffen, stehen heute mehr als 100.000 Wohnungen leer. Gleichzeitig ist aus der politisch geteilten Insel mit zwei Frontstädten die deutsche Hauptstadt geworden.

Seit Mitte der 1990er Jahre vollziehen sich neben den wirtschaftlichen und demographischen Veränderungen auch große Umwälzungen in der sozialen Struktur der verschiedenen Berliner Stadtgebiete. Ganze Quartiere in Ost und West zeigen deutliche Tendenzen einer sozialen Entmischung, einige Altbauquartiere der (westlichen) Innenstadt sind besonders betroffen. War nach dem Mauerfall die Verdrängung sozial schwacher Schichten aus der Innenstadt vorhergesagt worden, so gab es in der Realität genau die gegenläufige Entwicklung. Die Erwerbstätigen wanderten mit ihren Familien ins Umland ab – oft auch aus Furcht vor schlechteren Bildungschancen für ihre Kinder wegen der Sprachprobleme an Schulen mit hohem Ausländeranteil. Viele „Normalverdiener“ zogen wegen der hohen Fehl-

belegungsabgabe aus den Großsiedlungen des sozialen Wohnungsbaus in andere Stadtteile. Dort zogen stattdessen immer ärmere Haushalte ein, die Belegungspolitik der Wohnungsbaugesellschaften mit der einseitigen Ballung z.B. von Spätaussiedlern und Zuwanderern verschärfte die Entwicklung. Die konstant hohe Arbeitslosigkeit und zurückgehende staatliche Leistungen entfalteten ebenfalls eine desintegrierende Wirkung. Auch Außenbezirke wie Spandau blieben von diesen Umwälzungen nicht verschont.

Das Programm „Soziale Stadt“ – neue Strategien der Stadtentwicklung

Berlin hat im März 1999 für zunächst 15 „Stadtquartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf“ die Einrichtung eines Quartiersmanagements beschlossen. Grundlage dafür war das neu aufgelegte Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, das durch den Senat mit Mitteln aus dem Europäischen Strukturfonds EFRE und weiteren Landesprogrammen kombiniert und gebündelt wurde. Ziel des Programms „Soziale Stadt“: Benachteiligte Quartiere sollen systematisch stabilisiert und wieder aufgewertet werden - durch einen integrativen und an den Bewohnern ausgerichteten stadtentwicklungspolitischen Ansatz. In allen Gebieten arbeitet ein Team von Quartiersmanagern in einem Vor-Ort-Büro. Sie sollen die Bewohner befähigen, sich selbst um ihr Viertel zu kümmern, aktiv zu werden und nicht aus ihrem Kiez wegzuziehen. Wichtig ist auch das Vernetzen der verschiedenen Interessengruppen und der vorhandenen Institutionen.

Anfangs machten die Quartiersmanagementgebiete vor allem durch den neuen Ansatz bei der Bürgerbeteiligung von sich reden: Jedem Quartier wurde einmalig eine Million Mark zur Verfügung gestellt, über deren Verwendung für kiezbezogene Projekte eine Bürger-

jury frei entscheiden konnte. Es zeigte sich, dass viele Bewohnerinnen und Bewohner erstmals für eine aktive Rolle bei der Entwicklung ihres Quartiers gewonnen werden konnten. Immer mehr Gruppen und Initiativen beteiligten sich, unkonventionelle Ideen wurden entwickelt und umgesetzt.

Neue Quartiersverfahren: Seit 2005 auch in Spandauer Kiezen

In den Jahren 2000 und 2004 wurde das gesamte Programm einer kritischen Prüfung unterzogen und teilweise neue Ziele festgelegt. Mit dem sehr umfangreichen „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ gab es 2004 auch eine deutlich bessere statistische Grundlage für die Bestimmung von Quartieren mit Defiziten (Bevölkerungsentwicklung, Wandervolumen, Anteil von Empfängern staatlicher Transferleistungen). Dazu kamen Expertengespräche vor Ort, um die Kieze und ihre Probleme richtig einordnen zu können. Diese stadtweite Untersuchung stellte erstmals auch für mehrere Spandauer Quartiere offiziell deren soziale Problemlage fest. Es sind zum einen die Großsiedlungen Falkenhagener Feld und Heerstraße Nord, aber auch die Spandauer Gründerzeitquartiere Neustadt und Wilhelmstadt sowie die Siedlung Haselhorst. Sie haben alle einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Nur durch das eher ausgeglichene Wanderungssaldo (Zu- und Wegzüge) gehören sie nicht zur Kategorie der am höchsten belasteten Gebiete.

Auf Grundlage dieser Daten wurde mit der Neuausrichtung Mitte 2005 durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein abgestuftes Instrumentarium eingeführt und insgesamt 33 Gebiete bestimmt. Neben den bewährten Quartiersmanagementgebieten mit weiterhin sehr großen sozialen Problemen wurden erstmals auch sogenannte Interventions-, Präventions- und Verstetigungsgebiete festgelegt. Trotz identischer „Sozialzahlen“ wurden von den Spandauer Quartieren jedoch nur die Großsiedlungen Heerstraße Nord und das Falkenhagener Feld (mit zwei Teilgebie-

ten) als Präventionsgebiete ausgewiesen und erhalten seitdem jährlich jeweils rund 100.000 Euro für Maßnahmen.

Wichtiges Auswahlkriterium für die Senatsverwaltung war, dass es in diesen beiden Siedlungen große Wohnungsbaugesellschaften gibt, die als „starke Partner“ direkt einbezogen werden können und eigene Ressourcen bereitstellen können. Das kann aber aus Spandauer Sicht nicht befriedigen. Insbesondere die Neustadt und die Wilhelmstadt sind aktuell „am Kippen“, darum setzt sich die Spandauer SPD vehement für die Ausweisung weiterer Quartiersgebiete zumindest in diesen beiden Kiezen ein.

Neben den Wohnungsbaugesellschaften sind auch weitere „starke Partner“ als strategische Verbündete im Quartiersverfahren einzubeziehen: Ansässige Unternehmen, vorhandene Stadtteil- und Nachbarschaftszentren sowie Schulen und Kitas, die sich stärker in den Kiez öffnen sollen. Gleichzeitig sind die Verwaltungen aufgefordert, ämter- und ressortübergreifend Handlungspläne aufzustellen und die Arbeit der Quartiersmanager zu unterstützen (Sozialraumorientierung).

Mit starken Partnern mehr für die Quartiere erreichen

Für die Präventionsgebiete wurde generell festgelegt, dass die Handlungsfelder Integration, Bildung und Arbeit im Vordergrund stehen sollen. Die Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft, sozialer Lage und Lebensorientierung ist die soziale Aufgabe von Städten. Es gilt, soziale Entmischung und damit die Entstehung von Armutsinseln zu verhindern.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen auf die Eigenkräfte der Quartiere, auf die Kreativität und Fähigkeiten der Menschen. Denn die Bewohner wissen, was ihnen und ihrem Quartier gut tut. Es ist unsere Aufgabe, diesen Prozess aktiv zu unterstützen und Vorschläge für zukunftsweisende Projekte zu machen.

Daniel Buchholz